

17. MÄRZ 2017 - PRESSE

10 Jahre Equal Pay Day: Entgelttransparenzgesetz dringender denn je



Der kfd-Bundesvorstand zum Equal Pay Day 2017: 1. Reihe (v.l.): Mechthild Burk, Maria Theresia Opladen (kfd-Bundesvorsitzende), Irmentraud Kobusch (stellv. kfd-Bundesvorsitzende), Josefa Maria Bernal Copano, Barbara Striegel, 2. Reihe (v.l.): Ursula Reinsch, Ulrike Göken-Huismann, 3. Reihe (v.l.): Pater Dominik Kitta OPraem, Anna-Maria Mette (stellv. kfd-Bundesvorsitzende), Beate Kruse (Bundesgeschäftsführerin), Anni Rennock, Ingrid Müller

kfd fordert bei unverändert 21 Prozent Lohnunterschied neues Bewusstsein in Unternehmen

Die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) - Bundesverband e.V. ruft anlässlich des Equal Pay Day am 18. März dazu auf, beharrlich weiter die Ursachen für

ungleichen Lohn von Frauen und Männern zu bekämpfen. Unter dem diesjährigen Motto "endlich partnerschaftlich durchstarten" findet der Aktionstag in Deutschland zum zehnten Mal statt.

Die kfd nutzt den Anlass, um angesichts der fortbestehenden Lohnlücke zentrale Forderungen an die Bundespolitik zu richten: "Aus unserer Sicht ist das jetzt im Bundestag zu beratende Gesetz zur Entgelttransparenz ein Meilenstein. Denn 7 Prozent der ungleichen Bezahlung lassen sich auf ungleiche Entlohnung innerhalb der Betriebe zurückführen", stellt Maria Theresia Opladen, Bundesvorsitzende der kfd, fest.

"Es ist für uns deshalb bedauerlich, dass der Auskunftsanspruch auf Betriebe mit mehr als 200 Mitarbeiterinnen begrenzt bleibt. Dennoch hoffen wir, dass Frauen durch das Gesetz dazu ermutigt werden, auf einem fairen Lohn zu bestehen."

Entgeltungleichheit in Betrieben ist nicht die einzige Ursache für ungleiche Löhne von Frauen und Männern: Unverändert führen familienbedingte Erwerbsunterbrechungen und Reduzierungen auf Teilzeit zu Lohnunterschieden.

"Hier versprechen wir uns von einem Rückkehrrecht nach Teilzeitarbeit einen wichtigen Schritt dahin, dass phasenweise Teilzeitarbeit für Frauen und Männer normal wird und nicht mehr in berufliche Sackgassen führt", so Opladen weiter. "Wir wollen, dass das im Koalitionsvertrag vereinbarte Rückkehrrecht noch in dieser Legislaturperiode eingeführt wird."

Eine weitere Ursache für die ungleiche Bezahlung sieht die kfd in der niedrigen Bewertung und prekären Ausgestaltung "typischer Frauenberufe": "Wir setzen uns besonders dafür ein, dass Haushaltsnahe Dienstleistungen endlich aus der Schwarzarbeit herausgeführt und in fair bezahlte und sozialversicherte Arbeitsverhältnisse überführt werden", so Opladen abschließend.

KONTAKT

Julia Kaballo

Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Telefon: 0211 44992-25

Mobil: 0170 3805022

julia.kaballo@kfd.de

STAND: 17.03.2017
